

# Wossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegeündet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinsungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein'sche Buchverlagsanstalt, Gessing, Berlin, Unter den Eichen 15.  
Redaktion: Ullstein'sche Buchverlagsanstalt, Gessing, Berlin, Unter den Eichen 15.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehung: Zentral-Druckerei, Am Dönhofsplatz 100-109,  
für den Pariserwerb: Carl Mosch, Berlin, Unter den Eichen 15.  
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheidungsnummer 606.

## Boincaré beruft die Nationalversammlung

### Zur Sicherung der Tilgungsschaffe

### Höhere Stabilisierung

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Paris, 2. August

Boincaré ist ein unermüdlicher Arbeiter. Die Mäster melden, daß er die ganze Nacht, die der Annahme seiner Steuerentwürfe in der Kammer folgte, im Finanzministerium angebracht hat, um die letzte Hand an den Gesetzentwurf zur Errichtung einer Amortisationskasse zu legen. Am Laufe des Sonntags hat dieser Gesetzentwurf seine endgültige Fassung erhalten und bereits heute morgen die Zustimmung des Ministerrates gefunden.

Um diese Rasse, die ausständlich bei der Sitzung der Bank der Nationalen Vertiefung und der kurzfristigen Schmelzwerke dienen soll, und der, wie in einem solchen ausgegebenen emittierten Communiqué mitgeteilt wird, auch die Verwertung des zum gewinnwirtschaftlichen Betriebe umzuwandeln den Tabak-Monopolis angegliedert werden soll, mit den größtmöglichen Sicherheiten auszustatten, soll für Statut in einem Verfassungsgesetz verankert werden, das der Verabschiedung durch die Nationalversammlung bedarf. Für die Veranlagung der Staatskasse in Rommer und Berlin wird Boincaré, ebenso wie er es für die Steuerentwürfe getan hat, die Dringlichkeit verlangen und im unmittelbaren Hinblick daran den Antrag zur Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles einbringen.

Das ist einflußreich alles, was an authentischen Informationen über Boincarés Absichten und Pläne vorliegt. In der Presse und in den parlamentarischen Kreisen hat man inzwischen das aus den Stellen der letzten Wochen hinsichtlich bekannte Spiel der Ereignisse

und Indebentheiten, der Vermutungen und Hypothesen über das nächst höchste Ergebnis der weiteren Absichten Boincarés wieder aufgenommen. Einmütig folgen ihnen die Versuchsballons und ebenso prompt folgen ihnen Dements und Verichtigungen.

Es ist in der Tat nicht leicht, aus diesen Gewähr widerprüchlicher Darstellungen klar darüber zu werden, was Boincaré eigentlich hinaus will. Dieser hat sich in der letzten Sitzung der Kammer mit größter Entschiedenheit gegen den ihm gemachten Vorwurf verwahrt, daß er überhaupt einen Plan habe. Boincaré hat dies offenbar allzu wörtlich genommen, denn gerade einem so ungetauften Politiker wie ihm wird im Ernst wohl niemand zugestanden haben, daß er planlos und ohne Galten an die Lösung der Aufgabe herantreten sei. Was Boincaré aber wirklich vorhaben will, und was er auch heute noch nicht zu haben scheint, ist ein Programm mittelfristig finanzieller und außerordentlich abstrakter Formeln, das allein den Erfolg zu verhängen vermag.

Boincaré hat ein Ziel und eine große Idee. Das Ziel ist das gleiche, das alle seine Vorgänger verfolgt haben, nämlich die Stabilisierung der Währung; seine eigene Idee, in der er von den Finanzministern der letzten Kabinete abweicht, ist, daß die Stabilisierung zu einem beträchtlich über dem heutigen Standes des Franken befindlichen Kurse erfolgen soll.

Die Zahlen der Kammerabstimmung vom Sonnabend sind dahin berichtet worden, daß die Finanzgesetze Boincarés mit 204 gegen 177 Stimmen angenommen worden sind. Die Mehrheit Boincarés ist also gewachsen. Die Minderheit setzt sich ausschließlich aus Deputierten der linken Gruppen zusammen. Auf 31 Radikalsocialisten, die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben, haben sich 32 der Stimme enthalten. 17 waren beurlaubt von 138 Mitgliedern, die die radikalsozialistische Gruppe zählt.

## Der Jungtürkenprozess

Von  
Dr. Wilhelm Feldmann,  
Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“

Stambul, 27 Juli

Der mit Spannung erwartete Politprozess von Angora, der eigentlich dem Emancipationsprozess unmittelbar folgen sollte, hat noch nicht begonnen. Er ist noch Tag zu Tag verschoben worden. Gestern hieß es, die Verhandlung werde bestimmt am Donnerstag, 29. Juli, eröffnet. Nach den heutigen Meldungen ist der Prozessbeginn höchstens für Freitag, den 30. Juli, zu erwarten.

Die Verögerung wird halbamtlich jedoch erklärt, daß der Anklagevertreter des „Unabhängigkeitsgerichtes“, der femalliche Abgeordnete Rehid Ali-Bei, wegen Erkrankung seiner Frau noch nicht nach Angora zurückkehren konnte. Über die Begründung handelt es sich um ein vertrieben der Staatsanwaltschaft. Die Sinausscheidung des Prozessbeginns hängt allein zwischen dem damit zusammen, daß man sich in den ungenügenden Stellen von Angora nicht ganz klar darüber ist, welchen Charakter man dem bevorstehenden Jungtürkenprozess geben will.

Diese Annahme wird bestätigt durch eine interessante Preisdebatte zwischen zwei femallichen Abgeordneten, Jusus Adil-Bei, der als Vertreter des Ministerrates Präsidenten Zaimi-Schah gilt, und Talih Hilil-Bei, einem der prominentesten Mitglieder der Opposition. Jusus Adil-Bei, der auch in Deutschland bekannte Chefredakteur des Stambul Morgenblattes „Djamburjet“ mit der femallichen Ansage „Ka Republik“, hat am 25. Juli in einem eingehenden parlamentarischen Vortrag, was mit dem Jungtürkenprozess von Angora eigentlich bezweckt wird. Er legte dar, das Publikum frage sich nach allerlei Veröffentlichungen über die Prozessvorbereitung, ob es sich wirklich nur um die Feststellung etwaiser Wildfuhls an den Emancipierten Angoraner Vergegenwärtigung „Sakinität-Wille“ stark entgegenstellt. Er behauptet, das Unabhängigkeitsgericht dürfe sich keineswegs darauf beschränken, die etwaige Wildfuhls der Jungtürkenführer an Emancipierten Aktenstücken festzustellen. Das Gericht müsse vielmehr die gesamte Politik der Jungtürken von vorn bis zum Ende enttarnen, damit das Volk erfahre, wie sehr die Jungtürken der Türkei geschadet haben.

Janus Adil-Bei wird dem Angriff Talih Hilis heute mit überlegenem Köhheit zurück. Er beruft sich auf den Präzedenzfall des Unabhängigkeitsgerichtes, der femallichen Abgeordneten Oberir A. Hil-Bei, und auf seinen femallichen „Kilid“ Ali-Bei (zu deutsch: Ali das Schwert), die ihm beide gerade nachmittags ausdrücklich bestätigt haben, das Gericht müsse nur die Frage der etwaigen Wildfuhls am Komplotz klären.

Dieser Meinungsstreit in femallichen Jungtürken-Verhandlung ist für sich interessant als der ganze Jungtürkenprozess und verdient auf jeden Fall als Symptom innerpolitischer Fortentwicklung in der Türkei aufmerksame Beobachtung. Es ist nicht das erstmalig, daß Janus Adil als Wortführer des gemäßigten Flügels der femallichen Opposition den fanatischen Extremisten von Angora entgegentritt. Die Extremisten haben deshalb schon vor Monaten verurteilt, den Einfluss Janus Adils einzuschränken. Zu diesem Zweck wurde in Stambul der Morgenblatt „Mühür“, ein Blätter des Sozialorgans von Angora, gegründet. Und der femalliche Jungtürken Janus Adil macht seit einigen Wochen das femalliche Kernausschlag „L'Echo de Turquie“ ererbte Konfuren.

Der Fall hat sich persönlich für den Erfolge der von ihm initiierten Zeitungen einstellt, indem er seine „Erinnerungen“ durch Talih Hilil aufzeichnen und veröffentlichen ließ. Diese „Erinnerungen“ verfolgen schon den gleichen Zweck, dem jetzt nach extremerlicher Auffassung der Presse von Angora zu dienen hat. Die Extremisten verlangen Janus Adil und die Jungtürken alle Ungläub der Türkei verurteilt haben, während der Wohl allein klar ist und warnte, ohne gebiert zu werden. Eine gewisse Rolle dabei die angebliche „Auslieferung der Türkei an Deutschland“.

Wenn die hinter Talih Hilil liegende Kernausschlagung recht behält, werden alle diese Dinge, die mit dem Komplotz von Emancipierten nichts zu tun haben, jetzt vor dem Unabhängigkeitsgericht zur Sprache kommen. Die Extremisten verlangen Janus Adil, daß alle einflussreichen Mitglieder der femallichen Opposition, darunter auch der in Deutschland weilende Landwirtschaftsminister Gabri-Bei, als Zeugen vorgeladen werden. Man muß sich fragen, welche Rolle bei diesem Verlauf die Richter spielen würden, die selbst zum Teil alle Mitglieder der Jungtürkenpartei sind.

## Ministerbesprechung über den Fall Kölling

Die Affäre des Magdeburger Untersuchungsrichters Kölling war heute vormittag wieder Gegenstand von Beratungen im preussischen Justizministerium. Dieses Mal nahm außer dem Justizminister W. Schönhoff und Innenminister Göring auch Ministerpräsident Braun an den Beratungen teil. Aber die bei diesen Beratungen ebenso wie bei den Besprechungen mit dem Kammeroberlandesgerichtspräsidenten beschlossenen Maßnahmen wird Stillwärtigkeit bedroht, doch weiß man, daß über die Auffassung der durch das Vorgehen Köllings geschaffenen Situation im preussischen Kabinete keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ebenso sind sich alle beteiligten Stellen eins darüber, daß die Defensivität Untersuchungen erwartet, die dem unrichtigen Konfliktzustand innerhalb der Staatsbehörden ein Ende machen.

## Toter Punkt in Magdeburg

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“  
hp Magdeburg, 2. August

Nach am heutigen Montag hat die Berliner Beamten, die sich nämlich im Magdeburger Volksgerichtshof aufhalten, nicht in Tätigkeit getreten, da sie der Untersuchungsrichter auch heute nicht zu seinen Ermittlungen hinzugezogen hat. Ob der Untersuchungsrichter bereits eine Vernehmung des, wie schon gemeldet, in der Stadt vom Sonnabend zum Sonntag verhafteten Chauffeurs Reuter vorgenommen hat, ist nicht bekannt. Wenn eine solche Vernehmung tatsächlich vor sich gegangen ist, so erfolgte sie jedenfalls nicht in Anwesenheit der Berliner Kriminalkommissare. Was außerdem ergibt sich, daß die Ermittlungstätigkeit der Magdeburger Untersuchungsbehörde fest Freitag voriger Woche zum alle vollkommen ruhte. Der Volksgerichtshof von Magdeburg, der Regierungspräsident und der Oberpräsident nehmen vorläufig eine abwartende Haltung ein.

## Attentat auf Primo de Rivera

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Paris, 1. August

Die französische Agentur in Perpignan an der spanischen Grenze meldet ein Attentat, das bei dem Besuch des Diktators Primo de Rivera am Sonnabend in Barcelona verübt wurde. Die Meldung beruht auf Berichten von Reisenden. Danach wurde von einem spanischen Anarchisten gegen den im Automobil sitzenden Primo de Rivera ein Dolch geschleudert, der aber in das Wagenpforter hinter den Diktator fiel. Der Attentäter wurde von dem folgenden Automobil überfahren.

Madrid, 2. August

Die Nachricht von dem Attentat, das auf Primo de Rivera bei seiner Abreise aus Barcelona am Sonnabend verübt wurde, ist in Madrid erst verspätet bekannt geworden. Die offizielle Bekanntmachung sagt, daß Primo de Rivera den unbedeutenden Attentatsversuch der „Verdächtlichkeitsregierung“ nicht, aber dem Widerstand gegen die Diktatur“ zuschreibe. Primo de Rivera ist in Madrid eingetroffen.

## Die Erkrankung des spanischen Thronfolgers

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Barcelona, 2. August

Die Meldungen der ausländischen Presse über eine Erkrankung des Kronprinzen bestätigen sich, wenn sie auch teils übertrieben sind. Der Principe de Asturias (offizieller Titel der spanischen Thronfolger) war von seiner schwerfälligen Konstitution, sein Gesundheitszustand so mangelhaft, so daß auch in Hofkreisen nicht daran geglaubt wird, daß er zur Regierung kommt. Auch der zweite Sohn des Königs ist nämlich in ärztlicher Behandlung; er ist taubstumm. Die übrigen vier Kinder — zwei Mädchen und zwei Knaben — scheinen gesund zu sein.